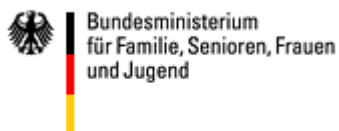


**„Auf gleicher Augenhöhe“ –
Stand, Hindernisse und Potentiale der Selbsthilfe von
Migranten im Landkreis Barnim**

Auswertung einer Befragung von Migranten im Dezember 2007

Mirjam Gläser, Politikwissenschaftlerin
Götz Nordbruch, Sozial- und Islamwissenschaftler

Gefördert durch den Lokalen Aktionsplan des LK Barnim im Rahmen des Bundesprogramms "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.



Inhalt

1.	Einleitung	2
2.	Zuwanderer im Landkreis Barnim und Initiativen migrantischer Selbsthilfe	9
3.	Auswertung der Interviews	13
	3.1 Selbsthilfe von Migranten – Teilhabe an der Gesellschaft?!	13
	3.2 Die Selbsthilfe im Landkreis: Einschätzungen und Stand	16
	3.3 Perspektiven	21
4.	Ergebnisse	23
5.	Empfehlungen	25
6.	Literatur	27
7.	Anhang	29

1. Einleitung

„Wie können wir unseren Teil beitragen zum Gesamtbild der Stadt? Ich will keine Almosen. Ich will auf gleicher Augenhöhe etwas tun.“

Es geht nicht um Almosen, es geht darum, sich einzubringen – diese Formulierung wurde von unseren Interviewpartnern¹ immer wieder verwendet. Im Gespräch brachten sie den Wunsch zum Ausdruck, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Alltag teilzunehmen.

Das Interesse an Selbsthilfeorganisationen von Migranten ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen.² Diese Aufmerksamkeit spiegelt einen Wandel im Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft wider: In einer „Einwanderungsgesellschaft“, als die sich die Bundesrepublik spätestens seit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Juli 2004 definiert, kommt Zugewanderten eine aktive und gestaltende Rolle im öffentlichen Leben zu. Diese Rolle beschränkt sich nicht auf Aktivitäten und Interessensvertretungen auf Bundes- und Landesebene, sondern schlägt sich vor allem auch auf kommunaler Ebene nieder. Selbsthilfeorganisationen dienen dabei dem *Empowerment* von Migranten im gesellschaftlichen Alltag vor Ort.

Was genau sich hinter einem solchen *Empowerment* verbirgt, welche Vorstellungen und Ziele sich mit Selbsthilfe verbinden, ist Gegenstand kontroverser Debatten – und zwar sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik, unter Migranten und in der Aufnahmegesellschaft.

Ziel dieser Befragung ist es, Einschätzungen, Interessen und Forderungen zu dokumentieren, die von Zugewanderten selbst mit dem Begriff der Selbsthilfe in Verbindung gebracht werden. Was verstehen Zuwanderer unter Selbsthilfe, welche Rolle spielt sie im Integrationsprozess, welche Strukturen der Selbsthilfe gibt es bereits – und wo liegen bisher vernachlässigte Potentiale, die im Interesse aller zu nutzen wären? Dabei geht es konkret um die Situation im Landkreis Barnim, um den Stand und die Perspektiven migrantischer Selbsthilfe auf kommunaler Ebene in den Städten Eberswalde und Bernau. Grundlage für diese Erhebung sind leitfadengestützte, qualitative Befragungen von Migranten mit Wohnsitz im Landkreis.

Selbsthilfe in der Debatte

Zahlreiche bundesweite, regionale und lokale Initiativen zielten in den vergangenen Jahren darauf, Selbsthilfestrukturen von Migranten zu fördern und auszubauen. Unter dem Schlagwort der „Integrationsförderung“ wurden dabei unterschiedliche Programme aufgelegt, um das Zusammenleben von Nicht-

¹ Im Folgenden wird auf die Verwendung der femininen Form verzichtet. Soweit nicht anders aus dem Zusammenhang ersichtlich, beziehen sich die Angaben sowohl auf Frauen als auch auf Männer.

² Der Stellenwert dieses Themas auch auf Bundesebene wurde erst jüngst durch die Fachveranstaltung „Migrantenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. Integrationsförderung durch Weiterbildung“ bekräftigt, die vom Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement am 14./15. Dezember 2007 in Nürnberg organisiert wurde.

migranten und Migranten auf eine neue Grundlage zu stellen. Zielgruppe dieser Initiativen waren dabei in der Regel Migranten selbst: Es geht um die Schaffung von Strukturen und um die Qualifikation und Unterstützung von Migranten, mit der Absicht, sie in die Lage zu versetzen, „sich selbst zu helfen“. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft erscheint dabei vor allem als Initiator und als Förderer dieser Bemühungen.

Dabei ist der Wunsch nach politischer und gesellschaftlicher Partizipation keineswegs neu. In den alten Bundesländern bestehen seit den 1970er zahlreiche Vereine und Verbände, die als Interessensvertretungen von Migranten aktiv sind und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einfordern. Auch in den neuen Bundesländern entstanden in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen, die sich – in ganz unterschiedlicher Form – als zivilgesellschaftliche Akteure engagiert haben.³ Auf diesen Erfahrungen, die in der Vergangenheit von Migranten mit Versuchen einer politischen, kulturellen und sozialen Selbstorganisation gemacht wurden, lässt sich in den aktuellen Diskussionen aufbauen.

Dennoch ist ein Perspektivenwechsel überfällig, der den Blick nicht nur auf die Migranten, sondern auch auf die Aufnahmegesellschaft selbst richtet: Dass Selbsthilfestrukturen von Migranten bisher nur in Ansätzen existieren, liegt weniger an mangelnden Kompetenzen und fehlenden Interessen auf Seiten der Zuwanderer. Ihr Entstehen wurde vor allem auch durch die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen erschwert, die einer aktiven Teilhabe von Zuwanderern entgegenstanden. Daran hat sich bis heute – das wurde in den hier ausgewerteten Gesprächen mit Migranten sehr deutlich – kaum etwas geändert.

Damit ist ein wesentlicher Aspekt benannt, der oft übersehen wird: Ein *Empowerment* von Migranten setzt die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft voraus, sich selbst zu verändern und einen neuen Akteur im kommunalen Gefüge zu integrieren. Schließlich beschränkt sich das Interesse am Aufbau von Selbsthilfestrukturen in aller Regel nicht auf die Abdeckung unmittelbarer sozialer, gesundheitlicher oder kultureller Bedürfnisse. Im Gespräch mit Zuwanderern, die auf kommunaler Ebene ehrenamtlich tätig sind, wird vor allem auch der Wunsch nach einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess erkennbar – und dies beinhaltet selbstverständlich auch, eigene Themen, Ziele und Interessen gegenüber der Aufnahmegesellschaft einzufordern und im demokratischen Prozess durchzusetzen. Gleichzeitig wird *Empowerment* hier auch als aktiver Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verstanden. Es wird als Teil einer Präventivstrategie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor Ort beschrieben, die nicht nur im Interesse der Zuwanderer, sondern letztlich auch der nicht-migrantischen Mehrheit liegt.

Das Thema Selbsthilfe steht in einem engen Bezug zu politischen und fachwissenschaftlichen Diskussionen um Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und *Empowerment*. Dabei unterscheiden sich die Rahmenbedingungen und individuellen Lebenssituationen, vor deren Hintergrund Migranten agieren, wesentlich von jenen ihrer nicht-migrantischen Umgebung. Die Erfahrungen mit Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen, die seit den 70er Jahren

³ Vgl. Karin Weiss, Erfolg in der Nische: Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, in: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg 2005, S. 69-92.

in Deutschland gesammelt wurden, lassen sich insofern nur bedingt auf Migranten übertragen.

Veranschaulichen lässt sich die eingeschränkte Übertragbarkeit am Beispiel des *Empowerment*begriffes, wie er beispielsweise in der zielgruppenorientierten Wirtschaftsförderung verwendet wird. So wird *Empowerment* im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative *Equal* des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit beschrieben als „Prozess der Mobilisierung von Ressourcen und der Entwicklung eigener Fähigkeiten mit dem Ziel, die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten.“⁴ Zur Veranschaulichung des dahinterstehenden Verständnisses des Begriffes dient den Verantwortlichen ein Zitat des französischen Schriftstellers Antoine de Saint Exupéry, in dem der initiiierende und aktivierende Gedanke einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum Ausdruck kommt: „Wenn dich jemand fragt, wie er ein gutes Boot bauen soll, erzähle ihm nicht, wo er das Holz holen soll. Erzähle ihm nicht, wie man es schneidet. (...) Erzähle ihm stattdessen von der unendlichen Schönheit und Weite des Meeres.“⁵ Angesichts der Lebenssituation und der rechtlichen Einschränkungen, denen Migranten in der Regel unterworfen sind, lässt sich ein derart euphorisches Verständnis von *Empowerment* nur sehr bedingt auf Zuwanderer übertragen. Migranten sind eben nur in einem sehr eingeschränkten Rahmen „Herr“ ihrer Möglichkeiten.

In der Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland ist auf den Wandel der Organisationsformen ehrenamtlicher Tätigkeiten hingewiesen worden, in dem sich allgemeine gesellschaftliche Strukturveränderungen widerspiegeln. Ehrenamtliches Engagement in Deutschland verbindet sich danach zunehmend weniger mit altruistischen Überlegungen als mit der Wahrnehmung eigener Interessen.⁶ Dennoch sind es nicht vornehmlich jene Personengruppen, die im engeren Sinne als „bedürftig“ beschrieben werden können, die sich ehrenamtlich engagieren. Im Gegenteil erweist sich gerade die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen und Qualifikationen immer mehr als Voraussetzung dafür, sich in ehrenamtlichen Strukturen zu beteiligen bzw. beteiligen zu können.⁷

Mit Blick auf Zuwanderer müssen die Beobachtungen zu den Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements um einen wesentlichen Punkt ergänzt werden: Die Option der Selbsthilfe ist auf der einen Seite an gewisse finanzielle und zeitliche Ressourcen gekoppelt, die ein unentgeltliches Engagement erst möglich machen; ohne den Zugang zu Räumlichkeiten und die Erstattung von Fahrt- und Sachkosten ist ein kontinuierliches ehrenamtliches Engagement für viele Migranten schlicht nicht denkbar. Gleichzeitig ist es oft gerade die unmittelbare Bedürftigkeit von Migranten – vor allem in der Anfangsphase ihres Aufenthaltes in Deutschland –, die eine Beteiligung an

⁴ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, *Empowerment*. Eine Handreichung für die Projektarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative *Equal*, Bonn 2005, S. 7.

⁵ *Ibid.*, S. 7.

⁶ Susanne Masuch, *Potentiale zivilgesellschaftlichen Engagements in der Region Barnim/Uckermark. Mobilisierungschancen, Verflechtungen und Möglichkeiten der Stabilisierung*, Berlin 2006 (unveröffentlichte Studie), S. 11.

⁷ *Ibid.*, 12. Die Problematik eines defizitfixierten Verständnisses von Selbsthilfe zeigt sich beispielhaft auch in den Förderrichtlinien von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich im Landkreis Barnim. Dort werden Zuwanderer neben chronisch erkrankten Menschen und Menschen mit Behinderungen als Zielgruppe der Selbsthilfeförderung benannt.

Selbsthilfestrukturen „überlebensnotwendig“⁸ macht. Insofern spiegelt sich in der Nachfrage nach Selbsthilfe-Angeboten immer auch ein Mangel an öffentlichen Angeboten, der durch Selbsthilfestrukturen mehr oder weniger umfassend ausgeglichen wird.

Zusätzlich zur Versorgungsfunktion gerade im sozialen, bildungsbezogenen und kulturellen Bereich wird in der Forschungsliteratur zunehmend auf den repräsentativ-partizipatorischen Aspekt migrantischer Selbsthilfe hingewiesen.⁹ Selbsthilfeorganisationen bieten danach Zuwanderern die Möglichkeit, von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und am gesellschaftlichen Leben gestaltend mitzuwirken. Gerade für Migranten, denen aufgrund ihrer nicht-deutschen Nationalität und ihres Aufenthaltsstatus' enge Grenzen einer Beteiligung am politischen Gestaltungsprozess auferlegt sind, bieten Migrantorganisationen Möglichkeiten politischer Einflussnahme. Dabei ist Einflussnahme im weitesten Sinne zu verstehen: Sie reicht von einer symbolischen Anerkennung durch die Aufnahmegesellschaft beispielsweise im Rahmen von Kulturveranstaltungen bis hin zu organisierten Interessensvertretungen durch Dachverbände, die auch auf Bundesebene Einfluss geltend machen.¹⁰ Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Ausländerbeiräte, die auf kommunaler Ebene eine Beteiligung von Migranten ermöglichen sollen. Trotz der in aller Regel sehr begrenzten Möglichkeiten, die diesen Gremien in den jeweiligen Kommunalverfassungen zugebilligt werden, kommt ihnen eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Migrantorganisationen und der kommunalen Politik zu.¹¹

Dennoch lassen sich die Funktionen und Aufgaben von Migrantorganisationen nicht auf die Interessen von Zuwanderern reduzieren. An dem Grad der Aufmerksamkeit, die Migrantorganisationen gegenwärtig gewidmet wird, zeigt sich ein Wahrnehmungswandel von migrantischen Netzwerken seitens der

⁸ Peter Haupt, Grußwort, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin 2003, S. 9. Siehe auch Jörg Reiner Hoppe, Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin 2003, S. 32.

⁹ Susanne Huth, Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin 2003, S. 17-8, Hala Kindelberger, Selbsthilfe und Ausländerbeiräte in den neuen Bundesländern, in: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg), Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg 2005, S. 164-83, und Anwar Hadeed, Selbstorganisation im Einwanderungsland. Partizipationspotentiale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen, Oldenburg 2005, S. 145-8.

¹⁰ Zur Bedeutung kultureller Vereine als Mittel der symbolischen Anerkennung: Karl Markus Kreis, Soziale Relevanz der Selbstorganisation von Zuwanderern, in: Auf der Hälfte des Weges. Aspekte der Selbsthilfe von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge des Landes NRW, Köln 2000, S. 10.

¹¹ Zur Bedeutung der Ausländerbeiräte in der Region: Maria Pichottka, Migrantpolitik ehrenamtlich, in: AGAB e.V. Arbeitsgemeinschaft für die Ausländerbeiräte im Land Brandenburg (Hrsg.), Migrantenselbstorganisation im Land Brandenburg, Potsdam 2007, S. 22-68.

Aufnahmegesellschaft. In der Forschungsliteratur über Vereine und Organisationen von Zuwanderern wird in der Regel auf eine Debatte der 80er Jahre hingewiesen, in der sich zwei grundsätzlich unterschiedliche Einschätzungen gegenüberstanden. Im Kern ging es in dieser Kontroverse zwischen den beiden Soziologen Georg Elwert und Hartmut Esser um die integrative Wirkung von Selbstorganisationen von Migranten. Während Elwert die positiven Wirkungen hervorhob, die von binnengemeinschaftlichen Strukturen der Migranten für die Integration in die Mehrheitsgesellschaft ausgingen, betonte Esser die desintegrativen Folgen, die mit einer strukturellen und organisatorischen Verfestigung von ethnischen Unterschieden verbunden seien.¹²

Die in dieser Debatte zum Ausdruck kommende Skepsis gegenüber Migrantenorganisationen lässt sich auch in aktuelleren Forschungen aufzeigen. Gerade im Hinblick auf Migranten mit arabischem und türkischem Familienhintergrund verknüpft sich diese Sichtweise mit dem Begriff der „Parallelgesellschaft“, in der sich Zuwanderer abzuschotten drohen.¹³

Trotz fortbestehender Vorbehalte zeichnet sich in der jüngeren Vergangenheit auch in der politischen Debatte eine wachsende Bereitschaft ab, Migranten und von Migranten initiierte Organisationen als Akteure einer Einwanderungsgesellschaft zu akzeptieren.¹⁴ Diese Bereitschaft gründet dabei nicht allein in einer veränderten Einschätzung der integrativen Potentiale, die mit Selbstorganisationen von ethnischen und kulturellen Gruppen von Zuwanderern verbunden sind. Nicht unbedeutend für die wachsende Rolle, die Migrantenorganisationen in der deutschen Gesellschaft zugesprochen wird, ist zudem ein allgemein verändertes Verständnis von ehrenamtlichem Engagement, welches gerade vor dem Hintergrund von Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich als wichtige gesellschaftliche Ressource im „schlanken Staat“¹⁵ entdeckt wird.

¹² Sabine Jungk, Soziale Selbsthilfe und politische Interessensvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf, soFid – Migration und ethnische Minderheiten 1/2001, S. 10-11, Stefan Gaitanides, Partizipation von Migrant/innen und ihrer Selbstorganisationen, in: E&C-Zielgruppenkonferenz „Interkulturelle Stadt(teil)politik“. Dokumentation der Veranstaltung 2003, S. 25-7, Uwe Hunger, Migrantenorganisationen unter Berücksichtigung ihres Integrationspotentials, in: „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und Selbstorganisationen in stadtteilbezogenen Handlungsstrategien“. Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz 2005, S. 16-8, und Tatiana Lima Curvello, Integration durch Migrantenorganisationen, in: E&C Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006, S. 35-6.

¹³ Thomas Meyer, Parallelgesellschaft und Demokratie; in: Thomas Meyer/Reinhard Weil (Hrsg.), Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn 2002, S. 343-72 und Dirk Halm/Martina Sauer, Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: Aus Parlament und Zeitgeschichte, 1-2/2006, S. 18-24.

¹⁴ Siehe dazu Karin Weiss und Dietrich Thränhardt, Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft, in: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg), Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg 2005, S. 8-44 und Karl Markus Kreis, Soziale Relevanz der Selbstorganisation von Zuwanderern, in: Auf der Hälfte des Weges. Aspekte der Selbsthilfe von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge des Landes NRW, Köln 2000, S. 9.

Die gewachsene Bedeutung und Anerkennung von Ehrenamt und Selbsthilfe lässt sich schließlich auch in Veränderungen von integrationspolitischen Strategien nachzeichnen. So spiegelt sich in dem eingeleiteten Übergang von einer defizitorientierten hin zu einer ressourcenorientierten Integrationspolitik auch die Hoffnung wider, durch die Förderung von Eigeninitiative und Qualifikationen unter Migranten Abhängigkeiten von öffentlichen Leistungen abzubauen. In diesem Wandel von einer „betreuenden“ zu einer „beratenden“ Haltung gegenüber Migranten kommt insofern nicht nur eine wachsende Anerkennung zum Ausdruck; dieser Wandel spiegelt in ähnlicher Weise das Bemühen, staatliche Leistungen durch Selbstverantwortung und selbstverantwortliches Handeln zu reduzieren.

Methode

Für diese Studie wurden zwölf Personen befragt, die als „Experten“ einen Einblick in den Stand und die Potentiale migrantischer Selbsthilfe im Landkreis geben können. Bis auf drei Personen hatten dabei alle Befragten einen Migrationshintergrund. Bei der Auswahl der Gesprächspartner ging es neben einer Berücksichtigung unterschiedlicher Herkunftsländer – befragt wurden von uns Personen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, Vietnam, der Türkei, Algerien, Ungarn und Angola – auch darum, sowohl Frauen als auch Männer sowie unterschiedliche Altersgruppen zu berücksichtigen. Neben fünf Männern wurden schließlich zehn Frauen im Alter zwischen 18 und 61 Jahren mit Wohnsitz in Bernau oder Eberswalde interviewt. Ein männlicher Interviewpartner wohnt mittlerweile in Berlin, verbringt allerdings einen wichtigen Teil seines Alltages in Eberswalde. Bis auf drei Personen waren alle Befragten in der einen oder anderen Weise ehrenamtlich in der Arbeit mit Migranten im Landkreis tätig. Diese Arbeit erfolgt im Ausländerbeirat, in verschiedenen Vereinen oder Initiativen sowie in einem Falle in einer Partei. Vier Befragte waren zudem hauptamtlich in der Arbeit mit Migranten tätig. Die Aussagen der Experten, die hier wörtlich wiedergegeben werden, sind in Absprache mit den Befragten anonymisiert.

Zur Durchführung der Interviews wurde auf Grundlage einer Literaturrecherche ein Leitfaden entwickelt, in dem verschiedene Themenbereiche behandelt werden.¹⁶ Die leitfadengestützten Experteninterviews orientierten sich an diesen vorab formulierten Fragen, ließen aber bewusst Spielraum, um den individuellen Interessen und Prioritäten der jeweiligen Gesprächspartner Rechnung zu tragen.

Bei der Auswertung der Interviews wurde darauf Wert gelegt, die Vielfalt der angesprochenen Themen abzubilden und dabei auch eventuell bestehende Interessenkonflikte und divergierende Einschätzungen unter den Gesprächspartnern angemessen wiederzugeben. Eine inhaltliche Bewertung, ob eine getroffene Aussage zutrifft oder nicht, wird dabei nicht vorgenommen. In einer weiteren vertiefenden Untersuchung müssten dazu weitere Akteure befragt und eine längere Begleitung der Arbeit der Migrantenorganisationen unternommen werden.

¹⁵ Siehe hierzu z. B. Sabine Jungk, Soziale Selbsthilfe und politische Interessensvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf, soFid – Migration und ethnische Minderheiten 1/2001, S. 10.

¹⁶ Der Leitfaden der Interviews wird im Anhang dokumentiert.

Die dokumentierten Aussagen basieren auf einer Teiltranskription der Gespräche, die aus Gründen einer besseren Lesbarkeit sprachlich bereinigt wurden.

2. Zuwanderer im Landkreis Barnim und Initiativen migrantischer Selbsthilfe

Migration im Landkreis

Die Struktur der Zuwandererbevolkerung im Landkreis Barnim reflektiert zahlreiche Charakteristika, die für das Land Brandenburg allgemein kennzeichnend sind. Vor dem Hintergrund der Migrationsgeschichte der DDR und der neuen Bundesländer handelt es sich bei der Zuwanderung in den Landkreis in den seltensten Fällen um Arbeitsmigration, wie sie in den westdeutschen Bundesländern die Regel ist. Im Unterschied dazu erfolgte die Zuwanderung nach Brandenburg, aber auch in den Landkreis Barnim, vorrangig über administrative Zuweisungen an die Kommunen. Der Wohnort wurde insofern von den wenigsten Zuwanderern freiwillig gewählt, was sich in vergleichbar geringen Bindungen an den Ort niederschlägt. Vor dem Hintergrund der bestehenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt, aber auch angesichts des allgemeinen öffentlichen Klimas gegenüber Migranten lässt sich auch im Landkreis eine Tendenz zur Abwanderung von Zuwanderern in andere Bundesländer oder ins nahe gelegene Berlin feststellen. Die Bedingungen einer Teilhabe und Eingliederung von Zuwanderern in einem solchen „Transitland“¹⁷ unterscheiden sich insofern deutlich von anderen Regionen im Bundesgebiet.

Die Zuwandererbevolkerung im Landkreis ist geprägt durch die Zuweisung von Spätaussiedlern, die mit aktuell knapp 1.200 Personen die größte Personengruppe mit Migrationshintergrund bilden. Unter den etwa 2.750 Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft stellen Migranten aus der Ukraine, Vietnam, Polen, Russland, Türkei und Ungarn die größten Anteile. Zusammen mit etwa 300 eingebürgerten Migranten und knapp 350 Flüchtlingen und Asylbewerbern beläuft sich die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis auf 4.500-4.600 Personen.¹⁸ Bei einer Gesamtbevölkerung von 177.000 haben demnach knapp 2,5% einen Migrationshintergrund.

Mit der Einrichtung eines Ausländerbeirats auf Ebene des Landkreises steht den ansässigen Migranten ein Gremium zur Verfügung, dem beratende Aufgaben zugebilligt werden. Trotz der weitgehenden Beschränkungen seiner Kompetenzen – so hat der Beirat weder Stimm-, Antrags- oder Anhörungsrecht – ist das

¹⁷ Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer und zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg. 1. Fortschreibung der Landesintegrationskonzeption 2002 vom 12. Juli 2005, Potsdam 2005, S. 6.

¹⁸ Maria Pichottka, MigrantInnenpolitik ehrenamtlich, in: AGAB e.V., Migrantenselbstorganisationen im Land Brandenburg, Potsdam 2007, S. 60. Zu dieser Bevölkerungsgruppe zählen auch die etwa 400 jüdischen Kontingentflüchtlinge, die in der Zeit von 1997-2007 im Landkreis aufgenommen wurden. Siehe Nadine Fügner, Jüdische Zuwanderung im Land Brandenburg, Potsdam 2007, S. 107. Ähnlich wie im Falle der russischsprachigen Aussiedler weist auch diese Bevölkerungsgruppe Besonderheiten mit Bezug auf Bildung und Berufsqualifikation auf.

Gremium mit einem „sachkundigen Einwohner“ und einem „Mitglied mit beratender Stimme“ in zwei Ausschüssen des Kreistages vertreten.¹⁹ Zusätzlich zur Funktion der Interessensvertretung sind die Mitglieder des Beirates in begrenztem Umfang auch als Ansprechpartner in sozialen und rechtlichen Belangen tätig. Als Mittler zwischen Zuwanderern und Verwaltung und Politik kommt dem Gremium insofern eine Scharnierfunktion bei der Ausrichtung und Gestaltung integrationspolitischer Maßnahmen zu.

Die existierenden Migrantenorganisationen und -initiativen im Landkreis Barnim haben sehr unterschiedliche Ziele, Voraussetzungen und Möglichkeiten, die sich in der Organisationsform, in den verfolgten Ansätzen und Aktivitäten widerspiegeln. Anhand von vier Beispielen sollen diese Unterschiede exemplarisch dargestellt werden. Zwei der beschriebenen Vereine wenden sich vornehmlich an russischsprachige Spätaussiedler, ein weiterer an ehemalige Vertragsarbeiter aus Angola und deren Angehörige sowie an Migranten aus zentralamerikanischen und afrikanischen Ländern. Darüber hinaus wird ein Projekt vorgestellt, welches auf die Vernetzung und bürgerschaftliche Aktivierung migrantischer Unternehmer abzielt.

Selbsthilfegruppe Kontakt Eberswalde e. V.

Die Selbsthilfegruppe *Kontakt* wurde 1994 ursprünglich von Aussiedlerfamilien für Aussiedlerfamilien in Eberswalde gegründet. Das Besondere an dieser migrantischen Selbsthilfeorganisation ist, dass sie ab 2001 vom Bund der Vertriebenen in Kooperation mit dem Bundesinnenministerium, der Landesregierung, dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde als Modellprojekt finanziert wurde. Als Modellprojekt verfügte *Kontakt* damit für drei Jahre über eine gesicherte Finanzierung, welche die Beschäftigung einer hauptamtlichen Projektleiterin möglich machte.

Im Rahmen des Projektes schuf die SHG *Kontakt* ein umfangreiches Netzwerk von Kontakten zu kommunalen Organisationen und Verbänden und organisierte diverse Veranstaltungen, Informationsseminare und Freizeitangebote. Weiterhin bemühte sich die Organisation um Beratungsangebote in Alltagsfragen und um Hilfestellungen bei der schulischen und beruflichen Integration. Zudem engagierte sich die SHG in der Öffentlichkeitsarbeit zur Geschichte und Kultur von Russlanddeutschen.

Die langjährige Projektleiterin beschreibt die Aufgabe von SHG *Kontakt* folgendermaßen: „Von offizieller Seite ist oft zu hören, was den Migranten fehlt, was sie nicht können, aber keiner sagt ihnen wirklich, was sie eigentlich können, keiner ermutigt sie - und das genau ist unsere Aufgabe!“²⁰ Obwohl *Kontakt e.V.* ursprünglich für Spätaussiedler gegründet worden war, wurde das Angebot im Laufe der Zeit auch von Einheimischen und anderen Migrantengruppen genutzt.

Seit dem – erfolgreichen – Abschluss des Modellprojektes 2004 arbeitet die Selbsthilfegruppe erneut auf rein ehrenamtlicher Basis. Zur Zeit werden folgende Aktivitäten angeboten: eine mit russischen Büchern ausgestattete Bücherei, ein

¹⁹ Maria Pichottka, Migrantenpolitik ehrenamtlich, in: AGAB e.V., Migrantenselbstorganisationen im Land Brandenburg, Potsdam 2007, S. 60-3.

²⁰ Broschüre der SHG *Kontakt Eberswalde*/Bund der Vertriebenen Landesverband Brandenburg e.V.: *Angeworben? 3 Jahre SHG ‚Kontakt‘ Eberswalde*, S. 8.

Lesekreis, Hausaufgabenhilfe, nachmittägliche Kinderbetreuung, ein Schachclub, Russisch- und Deutschkurse und diverse Sportgruppen. Nach eigenen Angaben bieten 26 ehrenamtliche Mitarbeiter ein Programm für etwa 250 regelmäßige Teilnehmer, wobei Großveranstaltungen auch 500 Interessierte anziehen können.

Der „Rückbau“ des Vereins von einer professionell geführten Initiative, die sich nach Ansicht der Beteiligten sehr erfolgreich für die Interessen der Zielgruppe eingesetzt und zu deren Beteiligung am gesellschaftlichen Alltag beigetragen hat, zu einem ehrenamtlich tätigen Verein war aus Sicht der Verantwortlichen eine desillusionierende Erfahrung. Mangelnde Erfahrung mit den Rahmenbedingungen der Projektförderung und Unklarheit über die Interessen der kommunalen Akteure schlugen sich hier letztlich in Enttäuschung über eine ausbleibende institutionelle Anerkennung des erfolgreichen Engagements nieder.

Diamant - Sozialer Integrationsverein für Zuwanderer des Landkreises Barnim e.V.

Die Selbsthilfegruppe Diamant ist ein „Selbsthilfeverein zur kulturellen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern“. Der Verein, der unabhängig von übergeordneten Verbänden aktiv ist, engagiert sich in der Migrations- und Integrationsberatung für überwiegend russischsprachige Zuwanderer. Im Jahr 2000 wurde Diamant e.V. von der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde e.V. gegründet, weil es bislang kein spezifisches Angebot für jüdische Zuwanderer gab. Der Verein und die von ihm unternommenen Aktivitäten richten sich allerdings ausdrücklich an alle Konfessionen. Neben zahlreichen sozialen und kulturellen Angeboten bietet Diamant Mediation und psychologische Betreuung. Zudem ist der Verein in der Sprachförderung und mit Film- und Ausstellungsprojekten gerade im Kinder- und Jugendbereich aktiv. Leitinteresse der Arbeit ist einerseits eine „Orientierungshilfe für Zuwanderer in der neuen Heimat“ sowie andererseits die Bekämpfung von „Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit“. Zusätzlich gibt Diamant e.V. eine deutsch-russische Zeitung heraus und unterhält einen zweisprachigen Telefonnotdienst, bei dem man sich 24 Stunden Hilfe holen kann. Der Verein erreicht nach eigenen Angaben mit seinen etwa zwanzig ehrenamtlich Aktiven bis zu 1000 Zuwanderer.

Die Unabhängigkeit des Vereins und das Engagement von Migranten für Migranten ist zentral für das Selbstverständnis des Vereins. Trotz der Vernetzung mit unterschiedlichen Akteuren legen die Beteiligten nach eigenen Angaben besonderen Wert auf die Unmittelbarkeit der Angebote, die auf die besondere Lebenslage der Zuwanderer eingehen.

Palanca e.V. – Afrikanischer Kulturverein, Eberswalde

Der Afrikanische Kulturverein wurde 1994 als Reaktion auf den Mord an Amadeu Antonio in Eberswalde gegründet. Er versteht sich als „Mittler zwischen den Kulturen mit dem Ziel, ein besseres Miteinander von Deutschen und Ausländern zu erreichen“. Der Verein richtet sich auf der einen Seite an die einheimische Bevölkerung, mit dem Ziel ein differenziertes Bild über Afrika und über die Geschichte der Vertragsarbeiter in der DDR zu vermitteln. Auf der anderen Seite wendet sich der Verein insbesondere an afrikanische Zuwanderer, um sie bei Fragen der Integration, aber auch bei alltäglichen Diskriminierungserfahrungen zu unterstützen.

Ursprünglich hatte Palanca e.V. eine Trommel- und eine Kindertanzgruppe (Afro-Sterne), die regelmäßig bei Volksfesten und anderen Kulturveranstaltungen im nördlichen Brandenburg auftraten. Mit einer Ausstellung über die Geschichte der afrikanischen Vertragsarbeiter, aber auch mit Informationsveranstaltungen über Afrika und gegen Rassismus werden Mitarbeiter des Vereins in Schulen eingeladen.

Der Verein wurde über einen längeren Zeitraum von der Stadt Eberswalde, dem Landkreis Barnim und dem Land Brandenburg finanziell unterstützt, zwischenzeitlich war der Verein selbst Träger von ABM-Stellen.

Nach Angaben des Vorsitzenden des Vereins hat Palanca aktuell 18 Mitglieder und kümmert sich um ca. 20 Migranten aus Angola, Mocambique und Kuba. Jeden Samstag bietet der Kulturverein ein alternatives Clubprogramm, das sowohl von Migranten als auch von der einheimischen Bevölkerung genutzt wird. Wegen mangelnder Finanzierung beschränken sich die Angebote des Vereins gegenwärtig – neben dem Angebot am Wochenende – auf einzelne Veranstaltungen in Schulen, bei denen die Mitglieder des Vereins über die Geschichte von Migranten in Deutschland, aber auch über den Lebensalltag in den Herkunftsländern informieren.

Wegen der aktuellen finanziellen Probleme, die bereits eine Zahlung der Mietkosten infrage stellen, ist das weitere Bestehen des Vereins auch aus Sicht des Vereinsvorstands, ungewiss. Angesichts der Bedeutung, die dem Verein insbesondere in den 90er Jahren in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen im Landkreis zukam, erhoffen sich die Mitglieder des Vereins weitere Unterstützung von kommunalen und regionalen Einrichtungen, die ein Fortbestehen des Vereins ermöglichen könnte. Aufgrund seiner Beteiligung an den politischen Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus in den 90er Jahren sieht sich der Verein weiterhin als wichtiger Ansprechpartner in der Bildungs- und Jugendarbeit vor Ort.

Das Projekt hat das Ziel, Zuwanderer konstant zu betreuen. Aufgrund der Tatsache, dass die anfängliche Betreuung von Migranten zwar relativ intensiv ist, dann aber wenig Nachhaltigkeit hat, entstand die Idee, längerfristige Sprachkurse anzubieten. Neben einer Folkloregruppe gibt es auch ein Projekt zur Gründung und Bereitstellung von Kleingärten.

Falsche Stelle

Projekt „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort. Unternehmerische Kompetenzen und bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen“, Bernau

Das Projekt „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“, das bei der Firma Protec GmbH angesiedelt und über das Xenos-Sonderprogramm gefördert wird, hat das Ziel, unternehmerische Kompetenzen von Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund in der Region Barnim zu unterstützen. Gleichzeitig zielt es darauf ab, diese Unternehmer als zivilgesellschaftliche Akteure zu aktivieren. Migrantische Gewerbetreibende werden von dem Projekt insofern ausdrücklich als aktive Teilnehmer der Gesellschaft angesprochen. Mit der „Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten“ und der „Initiierung zielgerichteter Empowermentmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen“ soll die Akzeptanz in der Bevölkerung gestärkt und gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden. Dabei werden existierende Netzwerke transparenter und bestehende Initiativen gebündelt. Unter anderem ist eine berufliche Weiterbildung für Beschäftigte, die Entwicklung von Aus- und Weiterbildungscurricula und eine Beratung von Arbeitslosen geplant. Dabei sollen

nicht nur migrantische Gewerbetreibende unterstützt und ihre aktive Integration befördert werden, sondern - was genauso wichtig ist - eine verstärkte Akzeptanz von Migranten in der einheimischen Bevölkerung und der öffentlichen Verwaltung erreicht werden. Projektziel ist es daher, über den Projektzeitraum hinaus unternehmerische Netzwerke von Migranten zu schaffen, die als Interessenvertretung agieren, aber auch als zivilgesellschaftliche Akteure bürgerschaftliche Verantwortung übernehmen.

3. Auswertung der Interviews

3.1 Selbsthilfe von Migranten – Teilhabe an der Gesellschaft?!

Ein wesentlicher Teil der von uns geführten Interviews beschäftigte sich mit dem Verständnis des Selbsthilfegedankens und den Motivationen, die dem ehrenamtlichen Engagement von Zuwanderern zugrunde liegen. Genannt wurde dabei in der Regel die eigene Erfahrung in einer neuen, oft als feindlich wahrgenommenen Umgebung. So erklärte eine Gesprächspartnerin, ihr Wunsch als Migrantin aktiv zu werden, um die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern, sei nicht zuletzt Folge eines alltäglichen Rassismus in der Umgebung:

„Ich möchte nicht immer das Gefühl haben, du bist anders, du bist nicht deutsch und du bist hier nicht willkommen. Selbst durch ganz wenige Menschen kriegt man das Gefühl und das will ich nicht mehr. Ich will nicht mehr auf der Straße angesprochen werden: ‚Ey, Döner!‘“

Die Mitgliedschaft und das Engagement in Vereinen – sowohl in deutschen als auch in migrantischen – bietet aus dieser Perspektive einen wichtigen Schutz vor Anfeindungen von außen. Eine Gesprächspartnerin beschrieb die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben und die sichtbare Präsenz von Zuwanderern im Alltag als Möglichkeit, aus der Position am Rande der Gesellschaft herauszutreten:

„Angst haben alle. Deshalb ist es für mich wichtig, dass die Kinder viele Freunde gewinnen und dass sie in vielen Vereinen mitmachen. Dadurch gewinnen sie mehr Freunde, mehr Ansehen. Dadurch sind sie geschützt. Durch die Bevölkerung, durch die Jugendlichen. Es gibt ja viele Rechtsradikale. Aber wenn jemand sagt: ‚Fass den nicht an, das ist mein Freund!‘ – dann ist das schon anders.“

Die Arbeit von Migrantenorganisationen wird von mehreren Befragten als Teil einer zivilgesellschaftlichen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus beschrieben. Dies beschränkt sich nicht auf das Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Sie zielt ebenso auf mögliche Konflikte zwischen den Zugewanderten selbst. Mit Bezug auf die Situation von jüdischen Kontingentflüchtlingen erklärte eine Gesprächspartnerin:

„Aussiedlerjugendliche sind eine ‚gefährliche‘ Gruppe für unsere Senioren, für unsere Kinder. Warum? Weil die Sowjetdiktatur so gegen die Juden war. Für deutsche Jugendliche sind Juden nicht so sehr Thema, für jugendliche Aussiedler schon. Die Diktatur hat ein schlechtes Gefühl, eine schlechte Meinung über Juden geschürt. Auch unter den Eltern. Deswegen hoffe ich, dass die Jugendlichen, die mit der jüdischen Gemeinde Kontakt haben,

sehen, dass es zwischen Aussiedlern und Juden in dieser Stadt keine Probleme gibt. Ich habe hier noch keine Probleme zwischen Aussiedlern und Juden erlebt.“

In den Berichten der von uns befragten Personen kommt allerdings zum Ausdruck, dass das Engagement von Migranten in der Aufnahmegesellschaft nicht immer auf Zustimmung stößt. Vorbehalte gegenüber explizit migrantischen Initiativen, so wurde mehrfach hervorgehoben, würden bis heute weiter bestehen. Das Interesse, eine Organisation von und für Migranten zu gründen, wird danach als Abgrenzung gegen die Aufnahmegesellschaft gedeutet. Eine Gesprächspartnerin beschrieb die negativen Erfahrungen, die sie als Initiatorin eines Vereins gemacht hat:

„Das wird wahrscheinlich auch nicht gerne gesehen, weil ich selbst Migrantin bin. Ich bin Spätaussiedlerin und auf der anderen Seite bin ich Deutsche, habe die gleichen Rechte und Pflichten wie alle andere. Mein Migrationshintergrund bleibt so lange, bis ich meinen Akzent verliere – aber ich werde ihn für immer behalten. Ja, wir sollen wahrscheinlich klein und schüchtern sein und nicht so laut. Das wird auch nicht so gerne gesehen, wir sollen uns integrieren.“

Gerade der Anspruch, sich in die bestehende Vereinslandschaft zu integrieren und eben keinen „eigenen“, „neuen“ Verein zu gründen, wird dabei zurückgewiesen. Schließlich spiegelte sich gerade in der Entscheidung für oder gegen einen bereits existierenden Verein die Eigenschaft als selbstbestimmter Akteur, die eben auch Migranten zukommen müsse:

„Es ist für mich eine Art Gleichberechtigung, wenn wir als Migranten oder als Deutsche, die aus dem Ausland kommen, hier genauso einen Verein gründen können. Wenn ich so schlau bin und die Kraft und Möglichkeit habe, einen Sportverein zu gründen, dann soll mir nichts im Wege stehen, einen Sportverein zu gründen. (...) Aber sonst die Idee, wir sollen uns vollkommen integrieren, das finde ich schon diskriminierend... Ich möchte auch, dass meine Kinder die Wahl haben, gehen sie in einen existierenden Verein oder gründen sie einen eigenen, wenn sie dazu in der Lage sind.“

Die Forderung, sich frei für die eine oder andere Organisation entscheiden zu können, spiegelt sich auch in der Aussage einer anderen Gesprächspartnerin wider, in der die mehr oder weniger subtilen Ansprüche und Einflussnahmen aus der Mehrheitsgesellschaft kritisiert werden. Im konkreten Fall ging es um einen einheimischen Unterstützer einer migrantischen Initiative, der nicht nur bei der Gründung des Vereines helfen, sondern auch weitergehenden Einfluss auf die Ausrichtung der Initiative nehmen wollte:

„Der schlug dann gleich als Namen des Vereins irgendwas mit ‚interkulturell‘ oder ‚multikulturell‘ vor. Entschuldigung?! Wir sind deutsch, wir wollen nichts Besonderes haben. (...) Wir wollen nicht Multikultur, sondern wir wollen nach deutschen Gesetzen leben. Für wen soll diese Multikultur sein? Für die deutschen Leute – oder für die Ausländer?“

Die Selbstorganisation von Migranten und der Aufbau von Selbsthilfestrukturen werden von mehreren Gesprächspartnern als Versuch beschrieben, die Mängel der bestehenden sozialen Netzwerke und Einrichtungen auszugleichen und die

Bedürfnisse und Interessen der Zuwanderer gegenüber der Aufnahmegesellschaft geltend zu machen. So zielen die Beratungsangebote der Wohlfahrtsverbände für Zuwanderer oftmals nicht darauf, die Selbständigkeit der Neuankömmlinge zu fördern:

„Als ich ankam habe ich gemerkt, dass das, was die Vereine und Verbände für uns machen, nicht ausreicht. Das ist 50%. Zum Beispiel: Es gibt viele Vereine und Stellen, die helfen sofort, einen Antrag auszufüllen. Aber das funktionierte in meinem Fall so, dass sie die Anträge ausfüllten, und als mein Sohn mich fragte: Was ist das?, konnte ich nicht antworten. Warum welches Kreuz an welcher Stelle gemacht wurde, das wusste ich nicht.“

Die Entscheidung für die Mitarbeit in einer Migrantenorganisation ist daher auch Ausdruck von Vorbehalten gegenüber den normierenden Ansprüchen der einheimischen Strukturen. Das Primat der Integration, verstanden als Eingliederung in die bestehenden zivilgesellschaftlichen Angebote, wurde dabei von einer Gesprächspartnerin ausdrücklich als Maßregelung und als Beschneidung von Autonomie und Selbständigkeit der Zuwanderer gedeutet:

„Eingliederung und Integration hat viele Menschen von uns wirklich kaputt gemacht. In dem Sinne, als ich (mit unserer Initiative) angefangen habe, habe viele gefragt: Dürfen wir das machen? Das macht doch schon die Diakonie oder die Caritas oder das machen andere. Ich denke, das war irgendwann erwünscht, nicht dass wir selbständig sind, sondern dass wir uns anpassen an diese Gesellschaft. Und wenige haben dann den Mut zu sagen, ich möchte mich nicht zu 100% an diese Gesellschaft anpassen. Oder, diese Gesellschaft ist ja selbst sehr vielfältig, an welchen Teil der Gesellschaft soll ich mich denn anpassen“

Trotz einer solchen Kritik an paternalistischen und bevormundenden Elementen der Integrationspolitik, die auf kommunaler Ebene praktiziert wird, treffen sich die Gesprächspartner in ihrem eigenen Interesse, um durch aktives Engagement zu einer Eingliederung der Zuwanderer in die Gesellschaft beizutragen. Diese werde aber eben nicht nur durch die Betreuung, sondern durch eine Hilfe zur Selbständigkeit erreicht. Mit Aussagen wie „Integration ist nicht für einen Tag“ oder „Integration heißt, dass ich hier wohne“, wird dieses Verständnis zum Ausdruck gebracht. „Es geht um eine Bürgerpflicht für alle. Ich möchte die Vietnamesen in dieses Leben einbinden“, erklärte dementsprechend eine Gesprächspartnerin.

Ganz ähnlich äußert sich eine andere Befragte, die die Vereinsarbeit von Migranten als aktiven Beitrag zur Integration beschrieb, die aber auch etwas von den Migranten fordert:

„Die Leute müssen lernen, das Leben hier zu verstehen. Sie müssen hier mit Liebe leben. Ohne Liebe wäre man hier wie im Hotel. Integration ist aber kein Hotel, man muss die Gesetze verstehen. Sonst kommt Segregation. Die Leute müssen Deutschland als ‚meins‘ akzeptieren. Das ist ganz, ganz wichtig. Dieser Lernprozess ist wichtiger als die deutsche Sprache.“

Die Selbstorganisation von Migranten erscheint aus dieser Perspektive als eine wichtige Ergänzung zu den Bemühungen der Aufnahmegesellschaft. Angesichts der Defizite, von denen die bestehenden Angebote für Migranten geprägt seien, böten Vereine von Migranten die Möglichkeit, die Potentiale der Zuwanderer zur Geltung zu bringen. Eine solche Selbsthilfe, so hob eine Gesprächspartnerin hervor, sei letztlich im Interesse der deutschen Gesellschaft selbst:

„Zuwanderung ist ein großes Plus für Deutschland. Das sind ausgebildete Leute, die an Deutschland interessiert sind. Aber auch eine Herausforderung. Deutschland muss die Verantwortung sehen: Es kommen Leute, kleine Kinder. Vielleicht werden diese Kinder später kriminell! Aber daran sind nicht die Kinder schuld, sondern die Lehrer, die Gesellschaft, alle.“

3.2 Die Selbsthilfe im Landkreis: Einschätzungen und Stand

Ergänzend zu den allgemeinen Überlegungen zum Begriff der Selbsthilfe und den Möglichkeiten einer Selbstorganisation von Migranten als Vehikel einer Teilnahme am gesellschaftlichen Alltag bezogen sich die Interviews auf die unmittelbaren Erfahrungen der Befragten vor Ort.

Blick zurück

Die Frage nach den aktuellen Lebensbedingungen von Zuwanderern im Landkreis und nach Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft war für mehrere Gesprächspartner Anlass, ausführlich über ihre Erfahrungen als Vertragsarbeiter in der DDR zu reflektieren. Der Vergleich mit den damaligen Lebensverhältnissen diene dabei als Grundlage für eine Einschätzung der heutigen Situation. Obwohl das in der DDR regulierte und überwachte Verhältnis zwischen Vertragsarbeitern und SED-Staat durchaus kritisch gesehen wird, gibt es für die Befragten aus der heutigen Perspektive durchaus positive Aspekte, von denen das damalige Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft geprägt war:

„Dieses wunderbare Gefühl von Solidarität mit den Deutschen von früher vermissen wir alle. Es entstanden Freundschaften zwischen Vertragsarbeitern und Deutschen. Diese wahren Freundschaften vermissen wir. Das hatte nichts mit dem Staat zu tun – das war ein großer Halt. Heute ist man wie die Deutschen auf sich selbst gestellt.“

Durch die starke staatliche Kontrolle und den Respekt vor dem Gesetz bzw. vor drastischen Strafen habe es weit weniger Kriminalität gegeben, was sich positiv auf die Bewegungsfreiheit von Migranten – und damit auch auf die Stellung in der Gesellschaft – ausgewirkt habe. So erklärt ein Gesprächspartner:

„Wir als Vertragsarbeiter hatten immer die Möglichkeit, überall in der DDR hinzugehen – wenn wir frei hatten. Durch die Kontrolle hatte man keine Angst und die Kriminalität war nicht so wie jetzt. Auch wenn es Rassismus gab, ist das nicht so wie jetzt. Jetzt wird man diskriminiert, früher konnte man sich Tag und Nacht frei bewegen.“

Dies bedeute nicht, dass die Lage von Zuwanderern in der DDR grundsätzlich besser gewesen sei; für den Befragten ist es dennoch wichtig, sich mit der

Geschichte der Vertragsarbeiter in der DDR auseinanderzusetzen. Dies sei Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, aber auch der Migranten selbst.

Migrantenorganisationen und die bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen

Migrantenorganisationen erscheinen aus Sicht der Befragten als eine wichtige Ergänzung zum bestehenden Netz von Beratungs- und Betreuungsangeboten, das durch staatliche Träger und Wohlfahrtsverbände angeboten wird. Trotz der Bedeutung dieser Dienstleistungen gerade für Neuankömmlinge äußern mehrere Befragte deutliche Vorbehalte gegenüber den Prämissen, mit denen viele der staatlichen oder nicht-staatlichen Einrichtungen agieren. Aus Sicht der Zuwanderer zeigt sich in der Ausrichtung der Dienstleistungen nicht selten ein paternalistisches Grundverständnis, nach welchem Migranten eher als Objekt denn als Subjekt zu behandeln sind. So äußerte sich eine Migrantin zu dem bestehenden Angebot für Zuwanderer:

„Das ist der größte Fehler der Deutschen: Die bemuttern diese Ausländer auch noch!“

Dabei wird beanstandet, dass viele der staatlichen und kirchlichen sozialen Anlaufstellen für Migranten eigentlich nicht das Ziel haben, diese in die Selbstständigkeit zu entlassen:

„Alle sehen uns als Klienten, als dumme Klienten. Vielleicht sind wir dumm, das ist (für sie) perfekt, dann sind wir gute Klienten. Ohne dumme Zuwanderer gibt es keine Stelle für perfekte deutsche Sozialarbeiter. Deswegen wollen die deutschen Arbeiter uns nicht genau zeigen, wie das geht. Wenn die Leute zu mir kommen, müssen sie die Sachen selbst machen. Ich bringe ihnen bei, wie sie die Sachen selbst machen. Mein Interesse ist, dass die Leute nach drei Monaten nicht mehr kommen.“

Die Zielsetzungen und Interessen von Wohlfahrtsverbänden und migrantischen Selbstorganisationen unterscheiden sich aus dieser Sicht grundlegend. Während Migrantenorganisationen ihre Aufgabe meist darin sehen, ihre Mitglieder zu stärken und perspektivisch in die Selbstständigkeit zu entlassen, wird den Wohlfahrtsverbänden vorgehalten, im eigenen Interesse eine Abhängigkeit der Zuwanderer zu verfestigen:

„Seitens der Wohlfahrtsverbände habe ich weniger den Eindruck, dass sie die Selbsthilfe stärken wollen. Die Wohlfahrtsverbände brauchen die Strukturen doch nicht zu stärken, das bringt doch denen gar nichts. Dann haben sie ja keine Arbeit mehr. Also, die Wohlfahrtsverbände verdienen letztlich mit Wohltätigkeit ihr Geld. Die brauchen doch das Kontingent, das sie betüiteln und betreuen können. Die Selbsthilfe zu stärken liegt eigentlich nicht in deren Interesse.“

Das Konfliktpotential dieses Verhältnisses zu den Wohlfahrtsverbänden wird durch den Wunsch von migrantischen Initiativen verschärft, eben nicht auf „klassische“ Problembereiche der Migrationsarbeit beschränkt zu sein. Gerade der Anspruch einiger Vereine, über Angebote für Zuwanderer *und* Einheimische eine gesellschaftliche Partizipation von Migranten zu fördern, stößt nach Ansicht

einiger Gesprächspartner auf deutliche Vorbehalte unter den einheimischen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Trotz solcher Konflikte, die sich vor allem auch an der Konkurrenz um Fördergelder festmachen, wird von mehreren Befragten auf einen Veränderungsprozess hingewiesen, in dem sich die staatliche und die wohlfahrtsverbandliche Migrationsarbeit befände. Während Zuwanderer in der Vergangenheit oft „kaputt betreut“ wurden, wie ein Gesprächspartner erklärte, orientierten sich mittlerweile immer mehr Akteure an den Potentialen der Migranten. Eine solche Abkehr von einer defizitorientierten Arbeit lasse danach auch auf institutioneller Ebene auf partnerschaftliche Kooperation „auf Augenhöhe“ zwischen einheimischen Trägern und Migrantenorganisationen hoffen.

Ausländerbeirat: Wunsch und Wirklichkeit

Der Ausländerbeirat des Landkreises Barnim ist ein wichtiger Bezugspunkt in den Gesprächen über die Potentiale migrantischer Selbsthilfe in der Region. Als „wichtige Schnittstelle zwischen den Migranten und der einheimischen Bevölkerung“, als die der Ausländerbeirat von einem Gesprächspartner beschrieben wird, verbindet sich mit dem Gremium der Wunsch nach Repräsentation und Teilhabe der verschiedenen Zuwanderergruppen im Kreis.

Die Einrichtung des Ausländerbeirats im Jahr 2002 wird insofern von den meisten Gesprächspartnern positiv beurteilt. Einige der von uns befragten Migranten waren selbst an der schwierigen Gründungsphase des Ausländerbeirates in Barnim aktiv beteiligt und setzten große Hoffnung in dessen Arbeit.

Die Arbeit des Gremiums in der Vergangenheit wird diesen Hoffnungen allerdings nur zum Teil gerecht. Deutliche Kritik macht sich dabei vor allem an den eingeschränkten Kompetenzen fest, die dem Ausländerbeirat zugewilligt werden: Als ausschließlich beratendes Organ hat der Rat keinerlei Entscheidungsbefugnis. Selbst ein Antragsrecht ist ihm verwehrt.

Vor diesem Hintergrund zeigten sich mehrere Befragte enttäuscht über die Rolle, die der Ausländerbeirat bisher spielen konnte. Eine Gesprächspartnerin erklärte dazu:

„Ich dachte, das sei eher eine politische Vertretung, ich dachte, dass alle Probleme gesammelt und dann strukturiert werden, um dann auf der politischen Ebene angesprochen zu werden. Ich hatte mir vorgestellt, dass der auf der Ebene der Verwaltung und der Behörden steht und auf gleicher Augenhöhe für mich verhandelt.“

Ein anderer Befragter, der selbst im Ausländerbeirat aktiv war, gibt eine ganz ähnliche Einschätzung der Beiratsarbeit, betont aber, dass mit „langem Atem“ und Verbündeten in der Kommunalpolitik kleinere Erfolge zu erreichen seien. Wo es politische Spielräume - beispielsweise bei der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen gäbe - könne der Beirat versuchen, Einfluss zu nehmen.

Die Enttäuschung über die mangelnden Kompetenzen und das geringe Interesse seitens der Politik und der Verwaltung, das von mehreren Befragten

angesprochen wurde, wird aus Sicht einer Gesprächspartnerin auch dadurch verstärkt, dass über die Tätigkeiten des Beirats selbst unter Migranten wenig bekannt sei:

„Wir haben jahrelang Projekte für Kinder und Jugendliche gemacht und ich habe rein zufällig erfahren, dass ein Vertreter des Ausländerbeirats im Jugend-Ausschuss sitzt. Mich hat keiner angesprochen, was für Schwierigkeiten wir als Verein haben. Ich weiß nicht, was da beraten wird. Es gibt keinen Informationsfluss zwischen dem Ausländerbeirat und den Vereinen.“

Die restriktiven Rahmenbedingungen und die vielfältigen Hoffnungen, die von Seiten der Migranten an den Ausländerbeirat herangetragen werden, spiegeln sich insofern in zurückhaltenden Einschätzungen über dessen Arbeit. Nicht das Gremium als solches, sondern die Unbestimmtheit seiner Aufgaben im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft und zu den Zuwanderern steht hier in der Kritik.

Erfahrungen mit der Vereinsarbeit

In den Interviews bezogen sich die Gesprächspartner wiederholt auf persönliche Erfahrungen in der Vereinsarbeit, aus denen sie ihre Einschätzungen und Forderungen ableiteten. Als wesentliche Hürde eines ehrenamtlichen Engagements wurde von allen Gesprächspartnern auf die schwierigen finanziellen Verhältnisse migrantischer Initiativen hingewiesen.

Die Aussagen einer Gesprächspartnerin über ein von ihr initiiertes Modellprojekt steht hier exemplarisch für die finanziellen Herausforderungen und Unsicherheiten, mit denen Migranten in der ehrenamtlichen Arbeit konfrontiert sind. Nach Ablauf der dreijährigen Förderung, so schildert die Befragte, musste das Projekt trotz allgemein überaus positiven Beurteilungen eingestellt werden. Im Rückblick schildert sie ihre Erfahrungen wie folgt:

„So habe ich das damals verstanden: Wenn wir unsere Sache gut machen, wenn wir gute Veranstaltungen machen, wenn wir brilliant sind. Wir müssen diese Stadt überzeugen, dass wir gut sind - uns kennt hier keiner. Dann wird das finanziell und beratend unterstützt, und das stimmte nicht. Nach 3 Jahren haben wir festgestellt: Nee, das war total daneben, was wir gemacht haben. Wir haben viele Bereiche abgedeckt, zum Beispiel Jugendsozialarbeit und haben Schulsozialarbeit geleistet. Also, diese Feuerwehrfunktion: Wenn irgendwo schulische Probleme bei Jugendlichen waren, haben sich 3 oder 4 Mütter zusammen getan und das Problem gelöst... Das war wahrscheinlich falsch. Man muss wirklich mit einer großen Glocke klingeln oder vielleicht muss man alles liegen lassen und warten, bis alles ganz schlimm wird.“

Das Ausbleiben einer Weiterfinanzierung hat nicht nur bei ihr selbst, sondern auch bei den anderen ehrenamtlichen Mitgliedern zu großer Frustration geführt.

Auch in anderen Interviews wird kritisiert, dass der Mangel an finanzieller Unterstützung das Entstehen von Selbsthilfestrukturen und ehrenamtlichem Engagement erschwere. Dabei geht es weniger um eine Vergütung der Tätigkeit als um den Zugang zu Räumen und deren Unterhaltung, um die Finanzierung von Arbeitsmaterialien und um die Erstattung von unmittelbaren Kosten, die den

Aktiven im Rahmen ihrer Tätigkeit entstehen. Wiederholt wurde von den Gesprächspartnern darauf hingewiesen, dass die Bereitschaft von Migranten, sich ehrenamtlich zu engagieren, oft bereits an den Fahrtkosten scheitert.

Als wesentliches Problem erweist sich in diesem Zusammenhang das Fehlen einer kontinuierlichen Arbeit. Die Existenz einer Anlaufstelle und ein Mindestmaß an persönlicher Präsenz ist danach Voraussetzung für eine effektive Arbeit im Sinne des Selbsthilfeanspruchs migrantischer Initiativen.

In einem anderen Interview wurde das Problem folgendermaßen beschrieben:

„Anfänglich hatten wir 2 oder 3 ABM-Stellen, später eine 1-Euro-Job-Stelle, aber das gibt es jetzt nicht mehr. Das ist die Schwierigkeit für unseren Verein, aber das ist das, was wir brauchen. In jeder Struktur braucht man jemanden, der da vor Ort ist und der der Kopf ist, der die Leute zusammentrommeln und koordinieren kann. Wenn jemand spontan vorbeikommen will und Hilfe braucht, dann ist keiner da.“

Besondere Zielgruppen: Jugendliche, Asylbewerber, Männer

Angesichts der aktuellen Probleme und des weitgehenden Fehlens einer effektiven Selbsthilfestruktur werden von den Gesprächspartnern mehrere Personengruppen ausgemacht, die im Rahmen einer Selbsthilfeförderung besondere Berücksichtigung finden sollten.

Wiederholt wurde dabei auf die Gruppe der Jugendlichen aufmerksam gemacht, die nicht nur in besonderer Weise mit rassistischen Anfeindungen, sondern auch mit biographisch bedingten Identitätskonflikten zu kämpfen habe.

Mit Blick auf vietnamesische Jugendliche brachte eine Befragte dabei zum Ausdruck, was von anderen Gesprächspartnern in ähnlicher Weise auch für jugendliche Aussiedler und Kinder aus binationalen Partnerschaften beschrieben wurde:

„Deutsch sind sie nicht, vietnamesisch sind sie auch nicht. Man muss ihnen dieses Selbstbewusstsein geben: Ihr könnt was! Sie sind wirklich orientierungslos – genau wie die deutschen Jugendlichen, aber noch schlimmer.“

Eine weitere Personengruppe, die von den existierenden Strukturen bisher kaum erreicht wird, umfasst nach Ansicht unserer Gesprächspartner die Asylbewerber. Aufgrund ihres deutlich benachteiligten Status gegenüber vielen ehemaligen Vertragsarbeitern und insbesondere gegenüber Aussiedlern, aber auch aufgrund ihrer besonderen Situation als Flüchtlinge, wird von einer Gesprächspartnerin auf das Fehlen einer Interessenvertretung dieser Personengruppe hingewiesen. Stärker noch als andere Migranten seien Flüchtlinge danach auf Einrichtungen angewiesen, die stellvertretend ihre Interessen wahrnehmen:

„In unserem Landkreis gibt es so gut wie keine Angebote für die Flüchtlinge, die Angebote richten sich zu 99,9% an Aussiedler.... Da die Flüchtlinge keinen Status haben, müssen sich die Flüchtlinge an andere Stellen, an die Kirche oder die Ausländerbeauftragte wenden.“

Die gescheiterten Bemühungen des Ausländerbeirates, im Interesse der Flüchtlinge für eine Lockerung der Residenzpflicht und eine Abschaffung des Wertgutschein-Systems aktiv zu werden, waren aus Sicht der Gesprächspartnerin zusätzlicher Ausdruck dieses Mangels.

In verschiedenen Interviews wurde thematisiert, dass gerade Männer aus Zuwandererfamilien im besonderen Maße von Arbeitslosigkeit und deren Folgen betroffen sind. Dies habe zu verstärkten Konflikten in den Familien geführt und ende immer häufiger auch in Trennungen. Aufgrund der Migration verschiebe sich die Rollenverteilung in den Familien, wobei Männer vermehrt unter Autoritätsverlust litten, der durch Arbeitslosigkeit noch verstärkt werde. Das sei besonders problematisch, denn viele dieser Migranten seien extrem begabt und talentiert:

„Es gibt da so viele Männer, die was drauf haben. Das nicht zu nutzen, das wäre Verschwendung. Gerade wo es Deutschland nicht so gut geht. Wir holen die Leute von irgendwo, und hier gibt es die Potentiale.“

Eine andere Gesprächspartnerin schildert den Fall, bei dem eine besondere Umschulungsmaßnahme für russlanddeutsche Männer diesen nicht nur einen Job, sondern auch Selbstbewusstsein und Lebensfreude wiedergegeben habe, was sich wiederum positiv auf ihr Familienleben ausgewirkte.

3.3 Perspektiven

Selbsthilfe von Migranten in Gestalt eigener Vereine wird von den Befragten als probates Mittel beschrieben, eigene Interessen zu organisieren und letztlich auch im Sinne der einheimischen Bevölkerung in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einzubringen. Trotz der Bedeutung der Selbsthilfe als Element des Empowerments werden dabei immer wieder auch die Grenzen des in diesem Rahmen Machbaren benannt: Selbsthilfe ist kein Ersatz für politische und soziale Rechte von Zuwanderern.

In dieser Hinsicht dient der Ausländerbeirat als Beispiel für die gegenwärtigen Möglichkeiten und Grenzen migrantischer Interessenvertretung. Er gewährleiste eine gewisse politische Repräsentation, aber drohe angesichts der realen Einschränkungen seiner Befugnisse und Kompetenzen zu einem „Alibi“ zu verkommen. Mehrere Befragte machen darauf aufmerksam, dass eine Teilnahme an kommunalen Wahlen eine wichtige Voraussetzung für tatsächliches gesellschaftliches und politisches Engagement darstelle. Vertreter der Migrantenorganisationen sollten darüber hinaus gestärkt und in dieser Funktion unterstützt werden, indem man beispielsweise ihre Sicht der Dinge bei kommunalpolitischen Entscheidungen stärker berücksichtige.

Schließlich scheitere dies aber oft bereits am politischen Willen:

„Es gibt immer Spielräume [bei der Umsetzung von Vorschriften und Gesetzen]. Ich würde mir wünschen, dass die Spielräume öfter zugunsten der Migranten genutzt würden.“

Mit Blick auf die Möglichkeiten einer Selbstorganisation kommt immer wieder die schwierige finanzielle und strukturelle Ausgangsposition von Migranten zur Sprache, die organisiertes ehrenamtliches Engagement oft bereits von Anfang an erschwere. Ein rein formal möglicher Zugang zu Fördermitteln ist danach nicht ausreichend, um effektive Selbsthilfestrukturen fast aus dem Nichts aufzubauen. Gerade im Vergleich zu den Wohlfahrtsverbänden sind neue Initiativen von Migranten deutlich benachteiligt, da sie kaum über einen vergleichbaren organisatorischen Rückhalt verfügen.

„Die Wohlfahrtsverbände haben ein großes Volumen, haben Erfahrungen mit Antragsstellungen. Bei der migrantischen Selbsthilfe ist das schon ein bisschen schwieriger.“

Aus Sicht der Befragten ist es umso notwendiger, diesen strukturellen Nachteil bereits zu Beginn des Organisationsprozesses durch besondere Förderungen auszugleichen. Eine solche Unterstützung bezieht sich dabei nicht nur auf finanzielle Aspekte, sondern umfasst gleichzeitig Beratung und Förderung in organisatorischen und administrativen Fragen:

„Grundvoraussetzung für eine Unterstützung ist die finanzielle Unterstützung der Stadt, da sie eine Art Vorbildcharakter hat.“

Aufgrund der vorliegenden Erfahrungen mit verschiedenen bestehenden Initiativen sind sich die Befragten darin einig, dass ehrenamtliche Strukturen auch unter Migranten einer kontinuierlichen finanziellen Förderung bedürfen, ohne die Engagement für die meisten Interessierten schlicht undenkbar ist. Dabei geht es weniger um eine Entlohnung als um eine Erstattung von Auslagen im Rahmen einer Aufwandsentschädigung:

„Es fehlt auf jeden Fall eine Aufwandsentschädigung. Das ist gar keine Frage. Ohne Aufwandsentschädigung braucht man heute gar nichts mehr zu erwarten. Es muss attraktiv werden! (...) Viele können sich aber nicht einbringen, weil sie zum Beispiel die Busfahrt nicht bezahlen können. Es müsste deshalb eine großzügigere Entschädigung geben. Dann hätten wir schon sehr viel geschafft.“

Jenseits einer solchen Problematik wurde von verschiedenen Gesprächspartnern darauf hingewiesen, dass Selbstorganisationen von Migranten einen wichtigen Beitrag zum Stadtbild und zur Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen leisten könnten. Die Förderung von Selbsthilfestrukturen ist aus dieser Perspektive eine Investition in das „kommunale Klima“ und gereicht letztlich zum Vorteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Attraktivität der Kommune.

Ganz konkret beschrieb eine Gesprächspartnerin die Beteiligung von migrantischen Unternehmern an regionalen Aktivitäten des Landkreises als einen möglichen Ansatzpunkt, individuelle Interessen von Migranten mit kommunalpolitischen Zielen zu verbinden. Als wichtige Akteure, die bisher kaum von Verwaltung und Politik berücksichtigt wurden, ließen sich diese Unternehmer danach in die Aktivitäten des Landkreises einbinden. Dabei geht es zunächst keineswegs um größere Projekte, sondern vielmehr um die Schaffung eines Forums, welches einen Austausch von Vorstellungen und Interessen der unterschiedlichen Akteure erlauben würde:

„Die Stadtverwaltung sollte Kontakte zu ausländischen Unternehmern verstärken und zum Beispiel einen Neujahrsempfang für Unternehmer einrichten. Das ist zwar nur eine symbolische Geste, aber sie hat das Ziel, gemeinsam das Bild der Stadt zu verbessern.“

Allerdings beschränkt sich dies nicht allein auf Unternehmer. Charakteristisch für die Aussagen der Befragten war die Einschätzung, dass eine Selbstorganisation von Migranten letztlich wichtige Ressourcen aktivieren würde, die für das Zusammenleben im Landkreis von grundlegender Bedeutung sind. Die Förderung von migrantischen Vereinen, so argumentierte ein Gesprächspartner, sei insofern ein wichtiger Ansatz, um Zuwanderer von Opfern zu Akteuren im gesellschaftlichen Alltag werden zu lassen:

„Wenn die Stadt will, dass die Ausländer in der Stadt bleiben, dann brauchen sie einen Treffpunkt, um ihre Probleme zu besprechen. Die Behörden wissen nicht, was für Probleme die Ausländer im Landkreis haben. Die sehen nicht, was es für Rassismus gibt. Aber wir Opfer, wir wissen das. Viele Leute kommen zu mir und erzählen mir von ihren Problemen. Davon hört der Bürgermeister, die Polizei, die Sozialämter nichts, aber wir als Opfer, wir lösen unsere Probleme.“

4. Ergebnisse

Auf der Grundlage dieser Interviews lassen sich folgende Leitsätze formulieren, in denen die Kernaussagen der Gesprächspartner zusammengefasst sind:

1. *Selbsthilfe bedeutet: Von Migranten für Migranten*

Die Einbeziehung der Migranten in die Planung und Ausrichtung der Selbsthilfe ist das A und O einer erfolgreichen Förderung. Als Gremium bietet sich dafür der Ausländerbeirat an, in dem die meisten Gruppen vertreten sind. Aufgrund seiner Zusammensetzung wäre er geeignet, kompetent und ausgewogen über Bedarf und Verteilung von Mitteln zu entscheiden.

2. *Selbsthilfe ist im Interesse der Aufnahmegesellschaft: „Auf Augenhöhe“ – „Keine Almosen“*

Selbsthilfe ist ein Mittel der Partizipation von Migranten in der Aufnahmegesellschaft und keine Almosen. Selbsthilfe ermöglicht einen konstruktiven Beitrag der Migranten zum gesellschaftlichen Gestaltungsprozess. Migranten werden zu Akteuren und Migration wird zu einer Ressource, von der die Gesamtgesellschaft profitiert.

3. *Vernetzung unter Migranten und mit der nicht-migrantischen Gesellschaft*

Selbsthilfe von Migranten ist kein Ersatz, sondern eine Ergänzung des zivilgesellschaftlichen Netzwerks und damit auch eine Bereicherung des Angebots für Nicht-Migranten. Die Förderung der

Selbsthilfe sollte auf die besonderen Bedürfnisse und Interessen der Migranten zugeschnitten sein und gleichzeitig eine Anbindung dieser Strukturen an die nicht-migrantischen Netzwerke ermöglichen.

4. *Selbsthilfe und Ehrenamt von Migranten bedürfen öffentlicher Anerkennung*

Ehrenamtliche Tätigkeit von Migranten sollte auf der Ebene des Landkreises und der Städte gefördert und öffentlich gewürdigt werden. Eine symbolische Anerkennung seitens der Aufnahmegesellschaft fördert die Bereitschaft, sich zu engagieren: sowohl für die Interessen der Migranten als auch für das weitere Umfeld.

5. *Selbsthilfe hat seine Grenzen*

Trotz der wichtigen Funktion von Migrantenorganisationen für die eigene Community und die Aufnahmegesellschaft wird deutlich, dass Selbsthilfe kein Ersatz für politische und soziale Rechte von Zuwanderern sein kann.

6. *Selbsthilfe lässt sich nicht auf „Projekte“ beschränken*

Selbsthilfe bedarf einer kontinuierlichen institutionellen Förderung, die sich nicht auf projektbezogene Mittel beschränkt. Angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Migranten ist die Gewährleistung einer Grundförderung der Vereine/Initiativen (Mietbeihilfe, Sachmittel, Aufwandsentschädigungen) eine wichtige Voraussetzung, um ehrenamtliche Strukturen überhaupt zu ermöglichen bzw. zu stärken.

7. *Selbsthilfe ist vielfältig und oft spontan*

Die Formen der Selbsthilfe im Landkreis sind breit gefächert; sie umfassen Vereine, aber auch informelle Netzwerke. Die Inhalte der Selbsthilfe sind dabei nicht immer langfristig planbar, sondern ergeben sich oft kurzfristig.

7. *Selbsthilfe steht vielfach in Konkurrenz zu hauptamtlichen Organisationen im sozialen Bereich*

Vor dem Hintergrund der oft ehrenamtlich geleistete Arbeit befinden sich Selbsthilfeinitiativen von Migranten in einer strukturell benachteiligten Position gegenüber nicht-migrantischen Einrichtungen. In der Konkurrenz mit einheimischen, etablierten Trägern bedürfen migrantische Initiativen daher besonderer Unterstützungsstrukturen, die den strukturellen Nachteil auszugleichen helfen.

5. Empfehlungen

Abschließend lassen sich folgende Empfehlungen zur Förderung von Selbsthilfestrukturen und Migrantenorganisationen formulieren:

1. Gezielte und weitreichende Beteiligung des Ausländerbeirates bei der Vergabe von Fördermitteln (als Gremium und über die Beteiligung in Ausschüssen)
konkret: Einbeziehung des Ausländerbeirates in die Konzeption der Maßnahmen und die Vergabe der Gelder

2. Gezielte Einbindung und Würdigung migrantischer Selbsthilfe in den Ehrenamtsstrukturen des Landkreises
 - a) Berücksichtigung von Migranten bei Ehrungen für ehrenamtliche Tätigkeiten
 - b) Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten in nicht-migrantischen Vereinen, freiwilliger Feuerwehr, etc.; Vernetzung der migrantischen Selbsthilfe mit bestehenden Ehrenamtstrukturen in den Bereichen Jugend, Kultur und Bildung
konkret: Vernetzung mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen
 - c) Offensive Aktivierung von Migranten und migrantischen Initiativen für den Landkreis/die Stadt
konkret: Empfang der ausländischen Gewerbetreibenden im Rathaus; Ziel: Vernetzung der Migranten, Mobilisierung der Gewerbetreibenden für die Stadt, und Einbeziehung der migrantischen Gewerbetreibenden in die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt
konkret: Kooperation mit dem Protec-Projekt mit dem Ziel der Organisation einer Veranstaltung des Landkreises/der Städte mit migrantischen Gewerbetreibenden (Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit)
konkret: Kontinuierliche Einbindung der migrantischen Vereine und Initiativen in die Umsetzung des Leitbildbeschlusses der Stadt Eberswalde

3. Institutionelle Förderung von Selbsthilfe-Initiativen als Ergänzung zur Projektförderung
 - a) Bereitstellung von Räumen
konkret: Unterstützung bei der Lösung der Raumprobleme von „Kontakt e.V.“, „Palanca e.V.“ und „Diamant e.V.“
 - b) Angebot einer Beschäftigung von bisherigen Aktiven als MAE-Kräfte zur regelmäßigen Mitarbeit in den Initiativen/Vereinen (Auswahl durch die Vereine)

4. Initiative Projekt „Stadtteilmütter“

konkret: Initiierung eines „Stadtteilmütter“-Projekts (über MAE) für vietnamesische Migranten und für Flüchtlinge; Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat zur Förderung einer Vernetzung in diesen Gruppen; eventuell Vorstellung des Stadtteilmütter-Projektes aus Berlin-Neukölln

5. Veranstaltungsreihe „KOMMIT“ – Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten stärken

In Anlehnung an das und Zusammenarbeit mit dem KOMMIT-Programm der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg: Initiierung und Förderung von Veranstaltungen für Migranten in Absprache mit dem Ausländerbeirat („Train the trainer“); mögliche Themen: Förderungsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Initiativen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene; Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit; Vereinsrecht

6. Anlaufstelle/„Lotsen“-Programm SHG/Vereine für Migranten

Ausbau und gezielte Information durch migrantische „Lotsen“ über Angebote des Landkreises und der Städte zur Beratung von Selbsthilfegruppen; gezieltes Ansprechen von Vereinen und Initiativen, die Angebote zu nutzen; Unterstützung bei Mittelbeschaffung und Antragsverfahren; Hilfe bei der Vorbereitung und Ausarbeitung von Projekten

7. Besondere Förderprogramme für Jugendliche

Neben einer besonderen Sprachförderung in Kindergärten und Schulen sind Angebote für Jugendliche, die eine Repräsentation *und* Beteiligung in der Aufnahmegesellschaft unterstützen, besonders förderungswürdig.

konkret: Internationales Kinder- und Jugendfest, Woche der Begegnungen

6. Literatur

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Empowerment. Eine Handreichung für die Projektarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Equal, Bonn 2005.

Curvello, Tatiana Lima, Integration durch Migrantenorganisationen, in: E&C Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ vom 26. und 27. Juni 2006 (<http://www.eundc.de/pdf/50008.pdf>).

Fügner, Nadine, Jüdische Zuwanderung im Land Brandenburg, Potsdam 2007.

Gaitanides, Stefan, Partizipation von Migrant/innen und ihrer Selbstorganisationen, in: E&C-Zielgruppenkonferenz „Interkulturelle Stadt(teil)politik“. Dokumentation der Veranstaltung 2003.

Hadeed, Anwar, Selbstorganisation im Einwanderungsland. Partizipationspotentiale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen, Oldenburg 2005.

Halm Dirk und Martina Sauer, Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: Aus Parlament und Zeitgeschichte, 1-2/2006.

Haupt, Peter, Grußwort, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin 2003.

Hoppe, Jörg Reiner, Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin 2003.

Hunger, Uwe, Migrantenorganisationen unter Berücksichtigung ihres Integrationspotentials, in: „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und Selbstorganisationen in stadtteilbezogenen Handlungsstrategien“. Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz 2005.

Huth, Susanne, Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin 2003.

Jungk, Sabine, Soziale Selbsthilfe und politische Interessensvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf, soFid – Migration und ethnische Minderheiten 1/2001.

Kindelberger, Hala, Selbsthilfe und Ausländerbeiräte in den neuen Bundesländern, in: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg.), Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg 2005.

Kreis, Karl Markus, Soziale Relevanz der Selbstorganisation von Zuwanderern, in: Auf der Hälfte des Weges. Aspekte der Selbsthilfe von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge des Landes NRW, Köln 2000.

Masuch, Susanne, Potentiale zivilgesellschaftlichen Engagements in der Region Barnim/Uckermark. Mobilisierungschancen, Verflechtungen und Möglichkeiten der Stabilisierung, Berlin 2006 (unveröffentlichte Studie).

Meyer, Thomas, Parallelgesellschaft und Demokratie; in: Thomas Meyer/Reinhard Weil (Hrsg.), Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation, Bonn 2002.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer und zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg. 1. Fortschreibung der Landesintegrationskonzeption 2002 vom 12. Juli 2005, Potsdam 2005.

Pichottka, Maria, MigrantInnenpolitik ehrenamtlich, in: AGAB e.V. Arbeitsgemeinschaft für die Ausländerbeiräte im Land Brandenburg (Hrsg.), Migrantenselbstorganisation im Land Brandenburg, Potsdam 2007.

Weiss, Karin und Dietrich Thränhardt, Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft, in: Karin Weiss und Dietrich Thränhardt (Hg), Selbsthilfe. Wie MigrantInnen Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg 2005.

Weiss, Karin, Vortrag „Weiterbildungsbedarfe von MigrantInnenorganisationen“ zur Fachtagung „MigrantInnenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft: Integrationsförderung durch Weiterbildung“, Dezember 2007, Nürnberg (www.masgf.brandenburg.de/media/lbm1.a.1333.de/weiterbildung_1207.pdf).

7. Anhang

Leitfaden für die Interviews

Hintergründe des Vereins/der Initiative

- Geschichte des Vereins
- Wie funktioniert der Verein/Vereinsstrukturen?
- Welche Ziele hat er?
- Welche Aktivitäten gibt es?

Verhältnis des Vereins zur ethnischen/religiösen Community

- Wie repräsentativ ist der Verein?
- Welche Konkurrenzen zu anderen Organisationen gibt es?
- Hat der Verein eine Mittlerfunktion in die sogenannte Mehrheitsgesellschaft oder geht es vorrangig um kulturelle Selbstvergewisserung bzw. richtet sich das Angebot an die eigene Community?

Verhältnis zur nicht-migrantischen Gesellschaft

- Integration in kommunale NGO-Strukturen (Kirche, Vereine, Wohlfahrtsorganisationen etc)
- Verhältnis zu Behörden (Verwaltung, Migrationsbeiräte etc)
- Welches Verständnis von Selbsthilfe/Integration liegt der Arbeit des Vereins zugrunde?
- Welche Probleme, Herausforderungen in der Arbeit mit a) der eigenen Community und b) der nicht-migrantischen Gesellschaft bestehen?

Ziel und Perspektiven des Vereins

- Wünsche/Forderungen an Gesellschaft, Politik und Verwaltung